Das Jüdische Echo

Bayerische Blätter für die jüdischen Angelegenheiten

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Viertelj. M. 1.—, Halbj. M. 2.—, Ganzj. M. 4.—, Einzelnummer 10 Pf. — Verlag des „Jüdischen Echo": München, Herzog Maxstr. 4. — Redaktion: Helene Hanna Cohn.



Anzeigen: Die viergespaltene Nonpareille-Zeile oder deren Raum 40 Pf. — Bei Wiederholungen Rabatt. —

Anzeigenannahme: Verlag des „Jüdischen Echo", München, Herzog Maxstraße 4. Fernsprecher: 53099. Postscheckkonto: München 3987.

ANZEIGEN-ANNAHME: MÜNCHEN, HERZOG MAXSTRASSE 4

Nummer 22 | München / 5. Jahrgang | 31. Mai 1918

Zur Revision des Judenedikts.

Von R. Oppenheimer, Laudenbach.

Der „Haupt-Ausschuß der Vereinigung zum Schutze gegen die Gefahren der Revisionsbestrebungen" tagte am 28. April in Nürnberg. Eine damit zusammenhängende Kundgebung im „Fränkischen Kurier" wollen wir in einigen Punkten beleuchten:

In der Veröffentlichung heißt es u. a.:

1. „Viele israelitische Kultusvorstände haben sich der Vereinigung zum Schutze gegen die Gefahren der Revisionsbestrebungen voll angeschlossen".

2. „Das Revisionsbegehren wird von einzelnen Personen ohne Mandat mit allen Mitteln erstrebt".

3. „Die orthodoxe Vereinigung in Würzburg, deren Mitglieder sich größtenteils aus den Kreisen der Lehrer zusammensetzt, will hauptsächlich die materielle Verbesserung derselben."

ad 1.: „Viele" ist ein unbestimmtes Zahlwort. Die Zahl der Vorstände, „die sich voll angeschlossen haben", ist sonach sehr unbestimmt. Aber bestimmt wissen wir, daß ein Kultusvorstand seine Unterschrift unter eine Kundgebung der genannten Vereinigung schriftlich als Fälschung erklärt hat.

ad 2.: Jeder Jude in Bayern hat ein Mandat zur Erstrebung der Revision. Oder soll nur der ein Mandat zum öffentlichen Auftreten besitzen, der das Plakat der „ausschließlichen Vertreter des Judentums" in Ansbach, Schwabach und Aschaffenburg erholt hat! Am wenigsten haben diese Vertreter das Recht im Namen des bayerischen Judentums zu sprechen, da sie selbst innerhalb der Orthodoxie eine verschwindende Minorität darstellen.

ad 3.: Zum sogenannten „Würzburger"-Verein gehören die meisten Distrikts-Rabbiner im diesseitigen Bayern, ca. 70 Kultusgemeinden, die orthodoxen Religionsgesellschaften in Nürnberg und München, mehrere Tausend Einzelmitglieder, darunter die meisten israelitischen Lehrer in Bayern. Dieser Verein hat ein ganz anderes Gewicht für die Vertretung der jüdischen Interessen. Er ist nicht, wie es in der angezogenen Veröffentlichung im „Fränkischen Kurier" heißt, „größtenteils aus den Kreisen der Lehrer zusammengesetzt". Wie gering bewerten diese „ausschließlichen Vertreter des Judentums" ihre Lehrer, wenn sie glauben mit dieser Fälschung das Revisionsbegehren degradieren zu können. Die Lehrer sind die besten und warmherzigsten Kenner der Wünsche und Bedürfnisse der israelitischen Kultusgemeinden. Sie erstreben die Revision ausschließlich zum Wohle der Gemeinden. Das Wohl der Gemeinden ist aber „größeren orthodoxen" Distrikts-Rabbinaten in Ansbach, Schwabach und Aschaffenburg, in deren Händen die Leitung der Schutzvereinigung liegt, höchst gleichgültig. Das beweist die Nürnberger Entschließung in Ziff. 3. Sie lautet:

„Der Not der Landgemeinden und der Kultusbeamten abzuhelfen, soll und kann ein Weg gefunden werden, ohne durch eine Finanzorganisation (Zentralkasse) die religiösen Interessen und die Selbständigkeit der Kultusgemeinden zu gefährden."

Die Not der Landgemeinden und ihrer Beamten wird auch von der Schutzvereinigung anerkannt. Das sei festgestellt. Aber wenn man zur Abhilfe keine Revision braucht, wenn, wie es am Schlusse der Veröffentlichung heißt, nur die alte Ruhe und der alte Friede allein zu ersehnen ist, — warum haben die größeren orthodoxen Distrikts-Rabbinate in Ansbach, Schwabach und Aschaffenburg als „ausschließliche Vertreter des Judentums in Bayern" diese notwendige Abhilfe nicht schon geschaffen? Was wäre das für ein grandioses Mittel, das Revisionsbegehren zu töten! Wie können diese größeren orthodoxen Rabbinate von Ansbach, Schwabach und Aschaffenburg ruhig und untätig zusehen, wenn die Not der Landgemeinden und ihrer Beamten täglich wächst? Mit Resolutionen, Zeitungsartikeln und Eingaben an Behörden kann man keinen Hunger stillen. Wissen sie einen „Weg", so mögen sie ihn zeigen und auf ihm vorangehen. Wissen sie keinen, so mögen sie wenigstens denen nicht in den Arm fallen, die den durch die Revision der veralteten Gesetzgebung Weg zu bereiten sich anschicken.



Herr Beckh und die Lehrer.

Preußen hat seinen Heins — der bayerische Landtag seinen Beckh. Während die Kapuzinade des Herrn Turnlehrer Heins die wohlverdiente Heiterkeit und Abfuhr erntete, konnte Herr Ökonomierat Beckh unter dem lebhaften Beifall der Freien Vereinigung und der Zustimmung der rechten Seite des Hauses seine unbewiesenen und unbeweisbaren Anklagen ins Land hinausrufen und keine Stimme erhob sich gegen den stimmgewaltigen Antisemiten.

Wenn wir erst heute uns zum Worte melden, so geschieht es, weil die Rede des Herrn Abgeordneten Beckh, gehalten in der 443. Sitzung der bayerischen Kammer der Abgeordneten vom 1. März 1918, jetzt im stenographischen Bericht uns zugänglich ist. Und also sprach Herr Beckh:

„Wenn in den Schulen auch noch jüdische Lehrer unsere Kinder unterrichten (hört! rechts), dann gewinnt das Judentum noch mehr die Herrschaft über die Geister. Das würde dem Aufstieg unseres Volkes in der Zukunft die größten Hindernisse bereiten und uns außerstand setzen, deutsche Art in Kunst und Wissenschaft, in Staat und Kirche zur Geltung zu bringen. Deshalb habe ich auch im Berichte des Herrn Referenten an den Finanzausschuß mit großem Bedauern gelesen, daß nicht nur in Mittelschulen, sondern auch in Volksschulen jüdische Lehrer unsere Kinder unterrichten und erziehen helfen. Ich halte das für eine völlige Verkennung des Unterrichtszweckes. Dem muß der Herr Kultusminister mit allen Kräften entgegentreten. Ich kann nur auf das tiefste bedauern, wenn selbst evangelische Geistliche dafür kein Verständnis haben. Im Gegensatze dazu soll der Herr Minister entschieden nach dem Rechten sehen und in Verbindung mit dem Oberkonsistorium Anordnung treffen, daß auch in der Kriegszeit nur christliche Lehrer in christlichen Volksschulen unterrichten. Nach meiner Meinung versündigt man sich an unserem Volke, wenn christliche Eltern gezwungen werden, ihre Kinder in eine Schule zu schicken, die von einem jüdischen Lehrer gehalten wird."

Was war geschehen, daß Herr Beckh gegen die „Judenlehrer" anreitet, um das Recht der christlichen Eltern zu wahren, „daß ihre Kinder nicht in jüdischem Geist unterrichtet werden"?

Eine Reihe israelitischer Lehrer stellte sich bereitwilligst den Schulbehörden zur Verfügung und übernahm, um der Schul- und Lehrernot abzuhelfen, auf Wunsch der Distrikts- und Kreisschulinspektoren den profanen Unterricht an den verwaisten katholischen und protestantischen Schulen. Etwa 40 israelitische Lehrer haben jahrelang ohne Entschädigung und ohne Aussicht auf Dank und ohne Hoffnung auf weitere Verwendung in diesen Schuldiensten ihre Zeit und Kraft der vaterländischen Volksschule gewidmet. Sie haben eine selbstverständliche Pflicht erfüllt, für die sie keine Belohnung erwarteten — aber auch keine Beleidigung und Anklage!

Wie aus uns vorliegenden Visitationsberichten der Distrikts- und Kreisschulinspektoren hervorgeht, ergab die Verwendung israelitischer Lehrkräfte sogar an rein konfessionellen christlichen Schulen weder in erziehlicher, noch unterrichtlicher Beziehung Beanstandungen, in zahlreichen Fällen sogar besonders günstige Ergebnisse. Wir zitieren z. B. aus dem Schulberichte des geistlichen Herrn Distrikts-Schulinspektors vom 14. Dezember 1915 über die von dem israelitischen Lehrer in Altenmuhr seit Oktober 1914 geführte protestantische Schule:

„II. Stand des Unterrichts und der Erziehung im allgemeinen:

Die Schule ist in guten Händen und weist einen anerkennenswerten Stand des Unterrichts und der Erziehung auf. Mit Interesse folgen die Schüler den Darbietungen des Lehrers, die darauf abzielen, Verstand und Gemüt der Jugend anzuregen."

Aus dem Visitationsberichte des K. Distriktsschulinspektors über die III. Schule in Maßbach (Unterfranken):

„In bereitwilliger Weise hat Hauptlehrer F. den Unterricht in der III. protestantischen Schule in Maßbach übernommen, während seine israelitischen Schüler in die einzelnen Klassen der protestantischen Schule aufgeteilt wurden. Bei intensiver Arbeit hat er das Lehrziel wohl erreicht und trotz der großen Schülerzahl sind die einzelnen gut gefördert. An der ganzen Schule ist fast nichts zu merken von den nachteiligen Folgen des Krieges, ein Beweis für die Tüchtigkeit und den Fleiß des Lehrers."

Da aber Herr Beckh den evangelischen Geistlichen das „Verständnis" für seine Sorgen abspricht, so befrage er doch die Bauern des ihm nahe stehenden Ortes Thalmässing nach den Erziehungserfolgen des jüdischen Lehrers, dem gern die christlichen Eltern ihre Kinder anvertrauten. Wir waren nicht so vermessen, Anstellung israelitischer Lehrer an konfessionellen christlichen Schulen zu erbitten, aber an Simultanschulen*) erschien die Verwendung jüdischer Lehrer gewiß berechtigt. Landesverein und israelitischer Lehrerverein konnten glauben, daß das schöne Wort der Verheißung „Dem Tüchtigen freie Bahn" auch für jüdische Lehrer gelte.

Von Jahr zu Jahr wird es israelitischen Lehrern schwerer, im Volksschuldienst eine ihrer Vorbildung und ihrem Streben entsprechende Stellung zu finden. Israelitische Volksschulen gibt es mit Ausnahme weniger Städte der Pfalz und des rechtsrheinischen Bayern meist nur in Landge-

*) Anmerkung der Redaktion. Solange die bayerische Gesetzgebung Simultanschulen im eigentlichen Sinne nicht kennt — die Simultanschulen sind ja lediglich gemischt von katholischen und protestantischen Schulen — erscheint allerdings die jüdische Volksschule als die einzige Lösung die wir im Interesse unserer Jugenderziehung in jeder Beziehung begrüßen würden.

meinden. Infolge der sozialen Verhältnisse gehen die Landgemeinden unaufhaltsam ihrer Auflösung entgegen, die israelitischen Volksschulen sind in ständigem Rückgang. 1850 zählte man in Bayern ca. 150 israelitische Volksschulen, da vier Fünftel der jüdischen Bevölkerung in Landgemeinden wohnten. 1871 gab es noch 124 jüdische Volksschulen mit 3983 Schülern; 1911/12 ist die Zahl der Schulen auf 84, die der Schüler auf 1202 gesunken. Die Aussichten der Lehrer auf Anstellung im Volksschuldienst werden immer schlechter. Während das israelitische Lehrerseminar in Würzburg 1912/13 31, 1913/14 28, 1914/15 30 Schüler zählte, von denen durchschnittlich 10 in die Schulpraxis entlassen wurden, vergehen oft 3—4 Jahre, bis eine Volksschulstelle sich erledigt. Bei dem Mangel an männlichen Lehkräften, der nach dem Kriege zu erwarten ist, könnten die überzähligen israelitischen Kandidaten zum Vorteile der Allgemeinheit manche Lücke ausfüllen.

Mit der Anstellung israelitischer Lehrer könnte auch ein Akt gerechten Ausgleiches gegenüber den israelitischen Kultusgemeinden erfolgen. Die katholischen und protestantischen Lehrkräfte erteilen neben der Geistlichkeit einen erheblichen Teil der Religionsstunden und entlasten den Etat der kirchlichen Gemeinden. Die israelitischen Kultusgemeinden dagegen haben den gesamten Religionsunterricht durch ihre Religionslehrer erteilen zu lassen; bei Anstellung irsraelitischer Lehrer an Simultanschulen könnte diesen der Religionsunterricht der israelitischen Schüler mit übertragen werden. Die an preußischen Schulen tätigen israelitischen Lehrer haben den israelitischen Schülern Religionsunterricht zu erteilen.

Mit dieser unserer Anregung wollen wir nicht an dem prinzipiellen Standpunkt rühren, der in den Verhandlungen über das Schulbedarfsgesetz vom 28. Juli 1902 und der Kammer der Reichsräte von 1918 die volle Übereinstimmung zwischen der Staatsregierung und den Kammern ergab, daß die Konfessionsschule Regel, die Simultanschule die nur unter besonderen Umständen zugelassene Ausnahme bleiben solle. Auch zahlreiche Israeliten treten aus religiösen, pädagogischen und schulpolitischen Gründen für die israelitischen Konfessionsschulen ein, die sich in den 100 Jahren ihres Bestehens als ein Segen für zahlreiche Gemeinden bewährt haben. Dort, wo die Simultanschule eingeführt ist, israelitische Konfessionsschulen aber nicht bestehen, verlangen wir aber auch vom Standpunkt der Gleichberechtigung aus die Anstellung israelitischer Lehrkräfte in dem gleichen Maßstab, nach dem die Anstellung katholischer und protestantischer Lehrkräfte bestimmt wird.

Wir kehren zu Herrn Beckh zurück und wir wollen mit einem Gedanken unsere Auseinandersetzung schließen, in dem auch wir dem Gegner beipflichten:

„Unaussprechlich ist der Dank, den wir allen schulden, denen, die bis in den Tod getreu waren und denen, die mit ihrem Herzblut auch ferner die Treue halten. Alle diese tapferen Männer sind durch unsere Schulen gegangen. — Die blühenden Jünglinge, die reifen Männer, Lehrer und Schüler, alle haben sich bewährt."

Vor Monaten hatte Herr Beckh noch den — Mut, die Krieger jüdischer Religion auszunehmen. Von anderer Seite wurde er damals belehrt, daß nicht bloß christliche Eltern um ihre Söhne trauern, sondern auch Tausende jüdischer. Vielleicht ist er für Zahlen zugänglicher: Von 1100 Mitgliedern der jüdischen K.C. gehörten bis zum 15. Februar 1918 825 dem F e l d h e e r an. Den Heldentod starben 77 K.C.er, vermißt werden seit langer Zeit 6 K.C.er, in Gefangenschaft befinden sich 22. 18 K.C.er haben das Eiserner Kreuz I. Klasse, 466 das Eiserne Kreuz II. Klasse. 88 wurden während des Krieges zu Offizieren befördert. Auch dies sind deutsche Männer und deutsche Jünglinge jüdischen Glaubens und nur ein kleinster Teil von den Juden, die im deutschen Heere ihre Pflicht erfüllen.

Daß Herr Beckh sich diesen Tatsachen erschließen wird, ist unwahrscheinlich, denn wer die Wahrheit scheut, der verschließt ihr einfach die Ohren. Aber in minder fanatischen Antisemitenkreisen legt man vielleicht doch einigen Wert auf die Sprache der nackten Tatsachen.

Welt-Echo

Ein Protest gegen die Pogrome. Die am 5. Mai 1918 vom Aktionskomitee der Ostjüdischen Organisationen im Volkshaus in Zürich einberufene und von mehr als 600 Personen besuchte Volksversammlung hat nach Anhörung der Reden von Herrn Z. Abersohn, Dr. J. Klatzkin und Dr. M. Traub folgende Resolution einstimmig gefaßt:

1. Sie erhebt vor der öffentlichen Meinung Europas und Amerikas entrüsteten Protest gegen die jüngsten Judenpogrome in Galizien. 2. Sie sieht in dieser pogromistischen Ausschreitung die Folge langjähriger Hetzen der polnischen Antisemiten und der systematischen Vergewaltigung der bürgerlichen und nationalen Rechte der zwei Millionen Juden in Polen. 3. Sie erblickt in diesen Hetzen und Pogromen den natürlichen Niederschlag eines auf Ausrottung und Vertreibung der seit 700 Jahren in Polen ansässigen jüdischen Bevölkerung abzielenden Systems. Sie richtet ihre Anklage gegen dieses System umso nachdrücklicher, als das polnische Volk selbst auf Freiheit und Unabhängigkeit Anspruch erhebt, während es gleicher Zeit gegen die Freiheit anderer Nationen auf das äußerste ankämpft. 4. Angesichts des Friedensschlusses zwischen Rumänien und den Zentralmächten bringt die heutige Versammlung noch einmal die schreckliche Lage der rumänischen Juden vor das Tribunal der Öffentlichkeit. Sie protestiert gegen die vierzigjährige zynische Verleugnung der die Rechte der rumänischen Juden verbürgenden Bestimmungen des Berliner Vertrages. 5. Sie protestiert im Besonderen gegen die während des Krieges und gerade in letzter Zeit an den Juden Beßarabiens und Rumäniens verübten Greueltaten. 6. Sie protestiert gegen die wehrlose Auslieferung der 300 000 Juden Beßarabiens an Rumänien.

Die Versammlung wendet sich an die zivilisierte Menschheit mit den nachstehenden Forderungen:

1. Sie verlangt international garantierte bürgerliche und nationale Rechte für die jüdischen Massen in Polen und Galizien. 2. Sie fordert von den Garantiemächten, die die Unabhängigkeit Rumäniens unter der Bedingung der Gleichberechtigung der Juden gewährleisteten, daß sie Rumänien zur klauselfreien unbedingten Erfüllung der im Art. 44 des Berliner Vertrages übernommenen Verpflichtungen anhalte. 3. Sie verlangt für den Fall der Angliederung Beßarabiens an Rumänien, daß internationale Garantien für die bürgerlichen und nationalen Rechte der beßarabischen Juden festgelegt werden.

Die deutschen Schulen in Palästina. Der Londoner Korrespondent des Jüdischen Korrespondenz-Bureaus im Haag berichtet: Die zionistische Palästinakommission hat die Schulen des Hilfsvereins deutscher Juden in Palästina übernommen. Sie wurden in hebräische Schulen umgewandelt.

In Jaffa erschien im vorigen Jahr die Übersetzung einer Schrift des früheren deutschen Staatssekretärs Dr. Helfferich „Deutschland, seine wirtschaftliche Entwicklung in 25 Jahren (1888 bis 1913)" in hebräischer Sprache.

Die hebräische und jidische Korrespondenz in England. Kürzlich ging durch die jüdische Presse die Mitteilung, daß in England die Korrespondenz in der hebräischen und jidischen Sprache verboten worden wäre. Von amtlicher englischer Seite wird dem Jüdischen Korrespondenzbureau im Haag mitgeteilt, daß das Verbot nur für die Korrespondenz nach dem neutralen Ausland Geltung gehabt habe. Auf den Briefverkehr mit den alliierten Ländern habe sich das Verbot nicht erstreckt. Ebensowenig wurde die jidische und hebräische Korrespondenz aus den alliierten Ländern nach den neutralen Ländern von der Maßregel getroffen. Die Maßregel hatte ihren Grund in bestimmten technischen Schwierigkeiten. Sie hatte von allem Anfang nur zeitweiligen Charakter. Die Schwierigkeiten sind inzwischen behoben worden und das Verbot ist bereits wieder aufgehoben.

Verfolgung der Poale Zion-Bewegung in Österreich und Polen. Die Verfolgungen gegen die poale-zionistische Bewegung in Österreich, die vor mehreren Monaten mit den Haussuchungen und Vereinsauflösungen in Lemberg einsetzten und nach dem großen Streik in Niederösterreich infolge der starken Beteiligung der jüdischen Arbeiter besonders scharfe Formen annahm, dauern unvermindert fort. Aus Wien werden zahlreiche neue Haussuchungen und Verhaftungen mehrerer Parteigenossen gemeldet. Gegen die verhafteten Poale-Zion wird die Untersuchung wegen „Hochverrats" geführt, der durch die Verbreitung von Flugschriften in den Streiktagen begangen sein soll. Die Vereine „Poale-Zion" und „Jugend" wurden polizeilich aufgelöst. Das Organ der österreichischen Poale-Zion „Der jüdische Arbeiter" erfreut sich einer besonders strengen Überwachung seitens der Zensur.

Die Verfolgungen haben nunmehr auch nach Polen hinübergegriffen. Im österreichischen Okkupationsgebiet wurden viele Verhaftungen von Mitgliedern der jüdischen sozialdemokratischen Partei Poale-Zion vorgenommen, in Warschau wurden die führenden Poale-Zion Schurek und Lew verhaftet.

Italienische Regierungserklärung zum Zionismus. Nach einer Meldung der „Kopenhagener Zionistischen Mitteilungen" vom 21. Mai erklärte die italienische Gesandtschaft in London im Auftrage des italienischen Ministers des Äußeren, Sonnino, daß die italienische Regierung die größten Anstrengungen machen werde, um die Erreichung eines jüdisch-nationalen Zentrums in Palästina zu erleichtern, wodurch die legale und politische Lage der Juden in allen anderen Ländern nicht präjudiziert werden soll.

Die französischen Juden und der Zionismus. Das Jüdische Korrespondenzbureau im Haag berichtet: Das Konsistorium der französischen Juden mit Baron Edmund Rothschild und Oberrabbiner Israel Levi sprach bei Pichon, dem Minister für auswärtige Angelegenheiten vor, um der französischen Regierung für ihre Förderung des Planes der Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina zu danken.

Die seefahrende Periode des Volkes Israel. Trotzdem wir von jüdischen Reisenden wissen, daß sie im Mittelalter Strecken zu Lande zurückgelegt haben, die selbst Marco Polos berümte Leistung einer Reise von Süd-Amerika nach China dadurch im Schatten stellen, daß einzelne fränkische Juden den Weg von Nord-Syrien durch Mesopotamien, Persien, Afghanistan, über die Pamirpässe und das Tarimbecken nach China mehrmals im Leben zurückgelegt haben, überliefert man wenig oder gar nichts von seefahrenden Juden. Nur das Alte Testament weiß etwas von den Seefahrerleistungen der Juden: Salomo, der einen Leopold II. in seinem Handelsgeist und einen Ludwig XIV. in seiner Prunkliebe in sich vereinigte, wies das Volk Israel auf das Meer; und die zweimalige Ophirexpedition, die der weise König aussandte, hat Berühmtheit in der Handelsgeschichte der Menschheit. Die vielfach untersuchte und doch noch nicht endgültig gelöste Ophirfrage beschäftigt auch R. Hennig, der von Libau aus einen anregenden kleinen Aufsatz über die „Seefahrerperiode des Volkes Israel" an die „Geographische Zeitschrift" (1917) einsandte. Märchenhaft anmutend, aber in ihrer schlichten Einfachheit und zahlenmäßigen Genauigkeit nicht unglaubhaft klingen die biblischen Berichte in I. Könige Kap. 9 u. 10 und fast gleichlautend in II. Chronik Kap. 8 u. 9 über die israelitische Handelsflotte Salomos. In-

dien, Südarabien (auch Ostarabien nach Hommel) und Maschonaland treten in engeren Wettbewerb für das biblische Ophir. Allerdings können die mitgebrachten „Kophim und Takkijim", was keineswegs mit Sicherheit als „Affen und Pfauen" übersetzt werden kann, wohl im Sabäerland, wo die Schiffe auch gelandet haben mögen, im Zwischenhandel erworben worden sein. Aber solche Quantitäten Gold, wie die Flotte in Salomos Schatz ablieferte (nach heutigem Werte 33 Millionen Mark), konnten nur im Selbstbetriebe von Bergwerken gewonnen worden sein. Wofür hätte Salomo auch in Ezeongeber, dem altedomithischen Handels, platz in der Nähe von Elath (Akaba), Schiffe zu bauen nötig gehabt, wenn die Goldbergwerke in Südarabien lagen, wohin eine Karawanenstraße führte? Was hätte die Königin von Saba, dieser zum Sprichwort gewordene Typus aufdringlichen Damenbesuches, die weite Reise zu machen brauchen, wenn Salomos Leute in Südarabien durch Monate und Jahre die Schätze gesammelt hätten, die anzustaunen sie nach Jerusalem kam? Und hätten sich die handelseifersüchtigen und handelstüchtigen Sabäer so aus der Konkurrenz für Gold ausscheiden lassen? Hennig nimmt ein doppeltes Reiseziel, das erstere als möglich, das zweite als höchst wahrscheinlich, für die, von den Phöniziern Huramsy, die die Seewege bereits kannten, geleiteten See-Expeditionen an: die Malabarküste Indiens und die Sofalaküste Ostafrikas. Er geht von der Ansicht aus, daß der sprachliche Gesichtspunkt allein bei der Entscheidung geographisch-historischer Rätselfragen nicht maßgebend sein kann und daß man mit Etymologien und Erklärungen wie Ophir gleich Afrika, oder gleich der südarabischen Landschaft Dhofar, oder gleich Abhira im Indusgebiet nicht weiter kommt. Hat man doch bei dem Parwain-Gold (2 Chr. 3, 6) gar an Peru gedacht? (Hommel identifiziert Parwain mit dem nordwestarabischen Orte Farwain im alten Land Meluch-Amalek.) Aber Hennig holt doch auch in die philologische Erklärungsmethode zur Stütze seiner wahrscheinlichsten und wirtschaftlich-geographisch bestbegründeten Hypothese aus, daß Ophir in dem goldreichen Maschonaland zu finden sei, indem er auf den berühmten arabischen Reisenden Ibn Batuta verweist, nach welchem das Goldland im Hinterland der Sofalaküste noch im 14. nachchristlichen Jahrhundert Yousi (= Ophir) heißt. Die späteren Seefahrtsunternehmungen des Volkes Israel waren nicht mehr so günstig: die erste Tat der kurzlebigen israelitischen Seeschiffahrt war auch ihre Glanzleistung. Josaphat (876—851 v. Chr.) hatte „Tarsisschiffe" bauen lassen, die nach Ophir fahren sollten, Gold zu holen: aber man fuhr nicht, denn die Schiffe scheiterten zu Ezeongeber (I Könige 22, 49). Um 730 v. Chr. wurde dann Elath wieder edomitisch und Israel vom Roten Meere abgeschnitten (II Könige 16, 6). Und als Hesekiel (um 600 v. Chr.) sein Klagelied über Tyrus anstimmte: „Tyrus, die mit den Völkern handelt nach vielen Küsten hin", war Ophir längst vergessen; denn in dieser berühmten, für die Handelsgeschichte des alten Orients so überaus wichtigen Aufzählung der Handelsbeziehungen von Tyrus mit den „Krämern unter allen Völkern" ist Ophir nicht mehr genannt.

(Frkf. Ztg.)

Zeitungs-Echo

Ein Loch in dem Bukarester Frieden.

Geh. Konsistorialrat Prof. Dr. H. L. Strack schreibt in den „Berl. Neuesten Nachrichten":

Wenn der Vielverband uns nur mit solchen Waffen und Kriegsmitteln bekämpfte, wie sie in Schlachten und für Schlachten erforderlich oder jetzt üblich sind, wären wir längst mit ihm fertig. Aber er kämpft weit mehr durch eine überall, zumal in den neutralen Ländern, gegen uns aufgehetzte oder geradezu bestochene Presse, durch Einschüchterung und Bedrückung der Neutralen (Holland, Schweiz!) und hauptsächlich durch seine einerseits von jedem sittlichen Bedenken freie und rücksichtslose, andererseits tatkräftige und zugleich weitschauende Diplomatie. Man strebt gar nicht nach einem für beide Teile befriedigenden Vergleich, sondern man fordert mit einem Tone, der den Willen, auch Gewalt anzuwenden, deutlich erkennen läßt; man fordert das Doppelte dessen, was man eigentlich will, und erhält dann mindestens das Anderthalbfache. Mit Geschicklichkeit ist man auch beflissen, durch Versprechungen zu ködern, ohne daß man das Versprochene leisten will, und jedenfalls ohne daß man sich selbst dabei in Unkosten stürzt.

Ein lehrreiches Verhalten hierfür ist das Verhalten gegenüber den Juden — ein Volk von nur etwa 12 Millionen und ohne eigenen Staat, aber einflußreich durch Geld und Presse und überall hin reichende Verbindungen; ein Volk, mit dem man rechnen muß, gleichviel, ob es dem, der mit ihm zu tun hat, sei es im Ganzen, sei es im Einzelnen seiner Teile, sympathisch ist oder nicht.

Der furchtbare Druck, unter dem die zugleich von den Polen gehaßten Juden Polens und Rußlands seitens des Zarismus standen, hat, bis die Vereinigten Staaten in den Krieg eintraten, den größten Teil der sehr zahlreichen und mächtigen Juden Nordamerikas dem Vielverbande, zu dem Rußland gehörte, mehr oder weniger abgeneigt sein lassen.

Deutschland hat Polen, also auch die Juden daselbst, vom rusischen Joche befreit. Aber leider erkannte unsere Diplomatie nicht, wie wichtig es war (und ist), die Juden Polens in ihrer nicht-polnischen Eigenart zu erhalten und gegen die Polen zu schützen. Schon das war geeignet, Mißstimmung gegen Deutschland zu nähren. Und bald darauf hat die große russische Revolution, März 1917, alle Beschränkungen, denen die zahlreichen Nationen und Glaubensbekenntnisse des großen Reiches unterworfen waren, aufgehoben (teilweise freilich nur auf dem Papier aufgehoben) und dadurch die Erinnerung an das dem deutschen Schwert zu Verdankende noch mehr verblassen gemacht.

Am 6. Dezember 1916 wurde Bukarest von den Deutschen eingenommen. Mit einem Federstriche konnte man die schandbaren Ausnahmebestimmungen, unter denen die rumänischen Juden seufzten, beseitigen, und dadurch die Juden der ganzen Erde, wenn nicht zu Dank verpflichten (auf Dank darf man nie rechnen, insonderheit nicht in der Politik), so doch von unfreundlicher Gesinnung gegenüber Deutschland fern zu halten. Noch in demselben Monat ist der deutschen Verwaltung in Rumänien die Nützlichkeit solcher Maßregel eingehend dargelegt worden und bald darauf auch dem Auswärtigen Amte in Berlin, und zwar geschah beides von nichtjüdischer Seite, doch ohne den wünschenswerten Erfolg.

Der Zionismus, tatsächlich zum Leben gerufen durch Theodor Herzl, gestorben 3. Juli 1904, hat schon in den letzten Jahren vor dem großen Kriege, gerade infolge der Bedrückung durch die Juden durch die Regierung des Zaren, dann während des Krieges, außerordentlich an Anhängerzahl wie an Bedeutung und an Einfluß gewonnen. Sein offizielles Programm, das des ersten Baseler Kongresses 1897, ist „Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina". Dieses Programm trat der türkischen Regierung nicht zu nahe. Hätte der Vierbund sich zu ihm bekannt, das heißt: hätte die Türkei, unbeschadet ihrer Hoheitsrechte, für Juden das Einwandern und das Erwerben von Grundbesitz in Palästina erleichtert, so wäre die Stimmung der Juden der neutralen Länder vierbundsfreundlich geblieben oder geworden, und die Juden der uns feindlichen Länder hätten nur als Militärdienstpflichtige sich am Kriege gegen uns beteiligt.

Jetzt aber hat England den Zionisten Aussicht auf Erwerbung Palästinas als eigenen Staat gemacht (was mehr ist als eine „gesicherte Heimstätte"), natürlich unter Oberhoheit Englands, das durch diese Oberhoheit sich den Besitz des Suezkanals sichern will. Und jetzt ist die Geldmacht der Juden der Vereinigten Staaten von Nordamerika sowohl dem revolutionären Rußland als auch England und seinen Vasallen sowie den Vereinigten Staaten selbst zur Verfügung.

Gegenwärtig bietet sich wieder eine Gelegenheit, zu verhüten, daß jüdische Belange in einer für Deutschland abträglichen Weise von unseren Feinden benutzt werden: der Bukarester Friede.

Das Vorhandensein von Juden in Rumänien ist seit dem 12. Jahrhundert (von bezweifelten älteren Spuren sehe ich hier ab) sicher bezeugt. Feindliche Gesinnung gegen sie und Verfolgungen treten seit dem letzten Viertel des 18. Jahrhunderts deutlicher hervor: der Friede von Kütschük Kainardschi 1774, durch welchen die Türkei das Nordufer des Schwarzen Meeres verlor, gab Anlaß zu den Reibereien auf der Balkanhalbinsel zwischen Österreich und Rußland. Ersteres nahm die Juden dort in seinen Schutz, und infolgedessen wurden diese als „Fremde" betrachtet.

Besonders stark waren die Drangsalierungen der Juden vor und nach der Regierung des Alexander Cusa (1859—1864). Das veranlaßte den Berliner Kongreß als Bedingung für die Anerkennung der Selbständigkeit Rumäniens in Artikel 44 zu bestimmen:

„Der Unterschied des Glaubens und des Bekenntnisses darf niemandem als Grund der Ausschließung oder der Unfähigkeit entgegengestellt werden, die bürgerlichen und die politsichen Rechte zu genießen, zu öffentlichen Ämtern, Funktionen und Ehrenstellen zugelassen zu werden, die verschiedenen Gewerbe oder Industrien, an welchem Orte es sei, auszuüben. Die Freiheit der öffentlichen Ausübung aller Kulte wird allen Angehörigen des rumänischen Staates gesichert sein, ebenso allen Fremden. Die Staatsangheörigen aller Mächte, Handelsleute oder andere, werden in Rumänien ohne Unterschied der Religion in völliger Gleichberechtigung behandelt werden."

Die Kongreßprotokolle ergaben unzweideutig, daß ebenso wie für Bulgarien und Serbien völlige Gleichberechtigung der Juden auch für Rumänien

gewollt war. Was aber geschah? Die europäischen Diplomaten und zum Teil die öffentliche Meinung ließen sich täuschen durch die Zusage der rumänischen Regierung, sie werde, um die Judenfrage durch Änderung der Verfassung zu regeln, auf Grund des Artikels 129 der Verfassung die dazu erforderlichen Revisionskammern berufen. Diese aber beschlossen am 23. Oktober 1879, also fünf Vierteljahre nach dem Kongreß, daß zwar die Religion niemanden an Erlangung der bürgerlichen und politischen Rechte hindern solle, aber alle Juden Rumäniens, auch die, deren Familien seit Jahrhunderten im Lande wohnten und die niemals unter dem Schutze eines anderen Staates gestanden hatten, als Landfremde zu betrachten seien. Durch diesen Beschluß wurden die Juden Rumäniens für vaterlandslos, fast für vogelfrei erklärt und auch der geringen ihnen vorher noch gelassenen Rechte beraubt!

Die nun folgende Leidensgeschichte der dortigen Juden zu erzählen, ist hier nicht der Ort. Ich verweise auf drei inhaltreiche und unabhängig von einander gearbeitete Schriften: J. M. Cargher, Die Judenfrage in Rumänien, Berlin 1918 (112 S.), S. Bernstein, Die Judenpolitik der rumänsichen Regierung, Kopenhagen 1918 (196 S.) und B. Segel, Rumänien und seine Juden, Berlin W., Nibelungenverlag 1918 (287 S., der zweite Teil ist noch nicht erschienen). Die am Berliner Kongreß beteiligten Mächte haben zwar gegen diesen Wortbruch Einspruch erhoben, aber, schon weil nicht gemeinsam, nicht mit genügendem Nachdruck, also ohne Erfolg: die rumänische Regierung hat mit diesen Aktenstücken nur „der Hölle Ofen" geheizt.

Es ist zu befürchten, daß der jetzt vom Vierbund mit Rumänien abgeschlossene Friede ebenso wenig zu einer befriedigenden Lösung der rumänischen Judenfrage führen wird. Die tatsächliche Durchführung des Bezweckten, des Gewollten muß sichergestellt werden.

Das vorhin erwähnte Gesetz vom 23. Okt. 1879 macht die Naturalisierung von Juden in Rumänien zwar nicht ganz unmöglich, bestimmt aber, daß jeder Ausländer nur individuell und auf Grund eines besonderen Gesetzes eingebürgert werden dürfe! Infolgedessen haben von der Viertelmillion Juden im Verlauf von fast vier Jahrzehnten nur wenige Dutzende rumänische Staatsangehörige werden können. — Der jetzige Friedensvertrag sagt nur, daß zwei Kategorien ohne Erfüllung solcher Bedingung Anspruch auf Einbürgerung haben sollen: 1. die im Lande geborenen, dort ansässigen Juden, die von im Lande geborenen Eltern abstammen; 2. alle Juden, die am Kriege, sei es im aktiven Heere, sei es im Hilfsdienst, teilgenommen haben. — Diese Richtlinien können aber nicht als befriedigend anerkannt werden.

Zu 1. Zivilstandsregister sind in Rumänien erst seit 1866 geführt, und zwar während einer Reihe von Jahren nu in sehr unzuverlässiger Weise. Können die (meist antisemitischen) rumänischen Behörden gezwungen werden, Auszüge aus den Registern (wenn solche vorhanden sind!) anzufertigen: Ist ein Beschwerdeweg vorhanden? Die Bedingung, daß auch die Eltern in Rumänien geboren sein müssen, ist unbillig. Der Nachweis ihres Erfülltseins ist nur in den seltensten Fällen möglich. Sollen ferner die ausgeschlossen sein, die entweder selbst oder deren Vater oder Mutter während eines Aufenthaltes im Auslande geboren sind? Ferner: gibt es einen Beschwerdeweg, wenn die rumänischen Gerichte, bei denen man sich melden muß, die Einschreibung verweigern? Die Naturalisierung soll sich auch auf die Frauen und die minderjährigen Kinder erstrecken. Warum nicht auch auf die großjährigen, natürlich sobald diese ihe Zustimmung erklärt haben? Zu 2: Als nach Eintreten Rumäniens in den Krieg die Nachricht verbreitet wurde, die jüdischen Soldaten sollten die Gleichberechtigung erhalten, wendeten sich viele an ihre Regimentstäbe mit der Bitte, man möge ihnen eine Bescheinigung über ihre Teilnahme am Feldzuge ausstellen, wurden aber abgewiesen. Ist es sicher, daß künftig alle gleichartigen Gesuche in sachlich richtiger Weise erledigt werden?

Vorschläge, wie es besser zu machen sei, gehören nicht hierher. Die Leichtgläubigkeit, mit der man den Frieden mit der Ukraine abgeschlossen und als „Brotfrieden" bezeichnet hat, statt wirkliche Lieferung einer bestimmten Menge von Nahrungsmitteln zur Friedensbedingung zu machen, sollte eine Warnung sein. Was jetzt gegenüber Rumänien verabsäumt wird, wird uns nicht nur als Fehler, sondern als Übelwollen ausgelegt werden, und zwar sehr zu unserem Schaden.

Literarisches Echo

„Der Jüdische Wille"

Eine neue jüdische Zeitschrift ist erschienen. Unter dem Titel der „Jüdische Wille" gibt das Kartell Jüdischer Verbindungen seit April d. J. eine öffentliche Monatsschrift heraus[1], „um von nun an seine Erörterungen in aller Öffentlichkeit vorzunehmen". Die jüdische Sache vorwärts zu bringen, ist nach dem Geleitwort, welches die Schriftleitung dem ersten Heft mitgibt, die Aufgabe der Zeitschrift. Ob man diese Aufgabe vom Schreibtisch aus erfüllen kann, ob nicht die schlichten Gemüter im Recht sind, welche die Menge des Redens und Schreibens in unserem Kreise beklagen, schon jetzt ein Übermaß an jüdischen Zeitschriften mit Bedauern feststellen und einzig und allein die Tat gelten lassen wollen — diese Frage legt sich die Schriftleitung selbst vor. Und nach reiflicher Überlegung kommt sie zu dem Ergebnis, daß wohl noch Raum für eine jüdische Zeitschrift vorhanden sei. Nicht zuviel werde bei uns geschrieben und geredet, sondern zu wenig. Die geistige Arbeit, die von den Suchern und Grüblern geleistet werde, errichte die geistige Welt, die errichtet werden müsse, wenn nicht der rasche Strom der Tat versiegen solle. Wenn die Judenfrage heute durch den Zionismus zum Gegenstand der öffentlichen Diskussion unter den Völkern geworden sei, so sei dies Resultat in erster Linie nicht durch das bisher positiv Geschaffene, sondern durch den laut verkündeten Forderungswillen des jüdischen Volkes erreicht, durch das, was in den letzten 20 Jahren geredet und geschrieben worden sei. Die Besonderheit der neuen Zeitschrift sei es, daß sie nicht für Außenstehende bestimmt sei, daß vielmehr in ihr Menschen auf eine Fülle von brennenden Fragen für sich selbst eine Antwort suchen. Die ungeschminkte Wahrheit soll in der neuen Zeitschrift zu Worte kommen; der ernsthafte Leser werde darin viel eher als in glatten Propagandareden die schaffende Kraft unseres Volkes, das starke in den Schreibenden le-

[1]) Bezugspreis für das Jahr 6 Mk. = 8 Kr., für das einzelne Heft 1.20 Mk. = 1.60 Kr. Bestellungen werden vom Bureau des K. J. V., Berlin W 15, Sächsische Straße 8, entgegengenommen.

bendige Gefühl der Verantwortung für das jüdische Volk verspüren. Und wenn die Herausgeber der Zeitschrift hofften, daß diese, obwohl nicht unmittelbar für die Außenstehenden geschrieben, doch weit über den Kartell-Kreis hinaus wirken werde, so dächten sie dabei in der Hauptsache an die Jungen. Wenn schon die ältere Generation der deutschen Judenheit zum großen Teil ihrer Gemeinschaft verloren sei, so solle doch wenigstens der neu heraufsteigenden Jugend ihr Platz gezeigt werden.

Von dem reichhaltigen weiteren Inhalt des Heftes bringen wir nur eine kurze Übersicht: Pelz behandelt die Stellung des K.J.V. zur Mischehe. Grundsätzlich sei die Stellung des K.J.V. zur Mischehe eindeutig bestimmt durch das Bekenntnis zum jüdischen Nationalismus, der, für die Gegenwart widerspruchslos, die Mischehe aufs entschiedenste verwerfe. Über diese grundsätzliche Frage bestehe wohl kaum eine Meinungsverschiedenheit im Kartell. Die notwendige Folgerung sei, daß ein Mitglied, das eine Mischehe eingegangen sei, unter allen Umtsänden ausscheiden müsse. Selbst führende Kreise wollten jedoch diese Konsequenz nicht bedingungslos ziehen, hielten vielmehr eine jedesmalige Prüfung von Fall zu Fall für geboten. Pelz wendet sich entschieden gegen diese Auffassung. Wohl könnten dem einzelnen besondere Umstände begegnen, die ihn zur Mischehe zwängen und ihre Eingehung als durchaus verständlich erscheinen ließen. In jedem Falle sei sie aber ein Verstoß gegen die nationale Sittlichkeit, welcher die innere Geschlossenheit des Kartells störe. Der Einzelne müsse daher von dem überlegenen Rechte der Gesamtheit weichen.

Es folgt eine „Politische Revue" von Löwenstein und ein Artikel „Philosemiten" von Stein. Dieser richtet seine Ausführungen gegen die angeblichen Judenfreunde, die aus allgemeinen liberalen Grundsätzen heraus für die individuelle Gleichberechtigung des einzelnen Juden eintreten, für die jüdische Gemeinschaft aber und ihre geistigen Werte nur Geringschätzung übrig haben. Der seines Volkstums bewußte Jude könne nur über eine solche Freundschaft sich freuen, die auf Kenntnis und Achtung unseres geistigen Gutes beruhen. Ein Aufsatz von Sternberg über „Die Einwanderung der Juden nach Palästina" kommt auf Grund eingehender Erwägungen zu dem Schluß, daß die jüdische Einwanderung in Palästina stark steigen werde. Eine weitschauende jüdische Politik werde mit den daraus entspringenden Folgen — vor allem in der Araberfrage — rechnen.

Außerordentlich interessant ist der Beitrag des Historikers Rubaschoff „Erstlinge". Erstlinge der Entjudung und der Selbstbesinnung nennt er die jungen Akademiker und Intellektuellen, die im Jahre 1819 in Berlin den „Verein für Kultur und Wissenschaft der Juden" gegründet haben. Was ist das Judentum? Wie verhält es sich zu europäischer Kultur? Was bedeutet es, Europäer und Jude zugleich zu sein? Sind sie zwei entgegengesetzte Welten? Entgegengesetzte oder bloß verschiedene? Und wie sind sie dann zu überbrücken? Durch wissenschaftliche Diskussionen und Vorträge suchten die „Erstlinge der Entjudung" unter ihnen Heinrich Heine, Leopold Zunz, Eduard Gans, die leidenschaftliche ersehnte Klarheit über diese Fragen zu gewinnen. Der erste Versuch der Selbstbesinnung einer bereits entjudeten jüdischen Intelligenz mißlang. Über das Schicksal und den Ideengehalt dieser geistigen Strömung nachzu-

denken, bezeichnet Rubaschoff als ein Lebensbedürfnis derjenigen jungen jüdischen Intellektuellen, die sich selbst in einer nichtjüdischen Kultur verwurzelt fühlen, sich nach einer jüdischen Entscheidung sehnen und vor einer ähnlichen Prüfung zu stehen glauben. Die Möglichkeit zur Ergründung der gescheiterten Bewegung gibt Rubaschoff durch Veröffentlichung dreier Reden von Eduard Gans, den Vorsitzenden des Vereins. Die erste Rede ist im vorliegenden Heft enthalten, die beiden anderen sollen im nächsten Heft folgen. Es ist sehr erfreulich, daß diese wertvollen Urkunden nunmehr zum erstenmal der Öffentlichkeit in vollem Umfang zugänglich gemacht werden.

Die Dichtung des jungen jüdischen Lyrikers Wolfenstein unterzieht Weitzmann einer ungewöhnlich tiefdringenden Besprechung. Er zeigt, wie die Wurzeln von Wolfensteins dichterischer Persönlichkeit, ihm selbst unbewußt, die guten und schlechten Säfte aus dem Grunde des jüdischen Volkstums ziehen. Hier ist das Problem vom Jüdischen in der Kunst mit künstlerischem Einfühlungsvermögen, nicht in der gewohnten oberflächlichen Weise behandelt und in seinem Kerne erfaßt. Auf einem ganz anderen Gebiet bewegt sich derselbe Verfasser in dem Artikel K.C.er Geist. Der scharf aber treffend geschriebene Artikel hat schon eine Geschichte, die auch die Ursache seiner — sonst wohl nicht beabsichtigten — Veröffentlichung ist.

Einige Sonette von Bloch, kleinere, unter der Überschrift „Einzelheiten" zusammengefaßte Abhandlungen, mehrere interessante Feldpostbriefe fügen sich gut in den Rahmen ein. Wenn die späteren Hefte dem ersten gleichen, kann niemand an der Daseinsberechtigung der neuen Zeitschrift zweifeln. Dr. N.

Feuilleton

Die Klage gegen den Wind.[1])

Von Jizchok Lejb Perez.

(Schluß.)

Der Wind hat sich gelegt, das Meer ist ruhig. Über seine spiegelglatte Fläche gleiten die ersten Strahlen der aufgehenden Sonne. Gleich werden die Fischer erwachen, ihre Boote ins Wasser stoßen und die Netze auswerfen... Weiber und Kinder werden hinauslaufen, die Männer begleiten. Und freudig werden sie rufen: „Nun ist der Hunger zu Ende, gelobt sei der liebe Gott! Wir werden Brot haben!"

Aber nicht daran denkt Sunamith.

Ein anderer Gedanke bohrt ihr das Hirn.

„Was wollte Gott von mir? Was hat er mit mir getan?"

Ein Brot hat er ihr genommen, um es einem Hungrigen, der sich aus den Flammen gerettet hat, zu geben; das ist recht! Sein Name sei gelobt!

Das zweite Brot gab er einem, der sich vor den Räubern gerettet hat. Auch das ist recht! Gelobt sei sein Name! Gott hat gegeben und Gott hat genommen für einen, der es nötiger brauchte als sie...

[1]) Aus der demnächst im Verlage Georg Müller, München erscheinenden Sammlung: „Ostjüdische Novellen" ausgewählt und übertragen von Alexander Eliasberg mit 10 Bildbeigaben von Joseph Budko.

„Aber das dritte Brot? Wie kann man es nur einer Witwe aus der Hand reißen und ins Meer werfen?!"

Das kann sie unmöglich verstehen...

Und sie denkt sich, daß Gott davon vielleicht gar nichts weiß... Daß der Wind es eigenmächtig getan hat, ohne Gottes Wissen und gegen Gottes Willen, dem lieben Gott, der die Witwen und Waisen speist, zum Ärger!

Es kann gar nicht anders sein!

Sie wird es dem Wind, diesem Räuber, nicht verzeihen, sie wird den Wind verklagen!

Vor wem?

Vor König Salomo.

König Salomo soll ihren Rechststreit mit dem Wind nach den Geboten Gottes schlichten. Nach Jerusalem wird sie gehen!

Sie zögert nicht lange, hüllt sich in das zerrissene Tuch und macht sich auf den Weg.

Hungrig und müde ist sie, doch der gerechte Zorn gibt ihr neue Kraft. Und so kommt sie nach Jerusalem.

Sie kommt und fragt, wo König Salomo wohnt, und man zeigt ihr den Palast. Die Torhüter lassen sie ein. König Salomos Tür steht allen offen, um so mehr einer Witwe. Sie kommt in den Saal und fällt auf ihr Angesicht vor dem König, der auf seinem goldenen Throne sitzt.

„Mein Herr und König," sagt sie, „ich komme mit einer Klage!"

„Gegen wen? Ich sehe, du kommst allein."

„Gegen den Wind," antwortet die Witwe, und hebt ihr Antlitz vom Boden und erzählt ihm alles.

„Gut," antwortet König Salomo, „dein Gesicht zeugt für dich: es ist müde, und deine Augen brennen vor Hunger. Du mußt dich vorher stärken. Setz dich in einen Winkel, Weib, und man wird dir Brot und Wein reichen... Iß und trink und labe deine Seele, und dann wirst du mein Urteil hören..."

Geht sie in einen Winkel, und man reicht ihr Brot und Wein. Indessen kommen fremde Männer in den Saal, drei fremde Männer mit Säcken auf den Schultern. Sie wollen König Salomo sprechen.

„Was begehrt ihr, fremde Männer? Und was habt ihr in euren Säcken?"

Erzählen ihm die Männer diese Geschichte:

Ismaelitische Kaufleute sind sie und handeln mit Schmuck und goldenen Geräten und kostbaren Spezereien. Sie fuhren zu dritt in einem Schiffe über das Meer... Ein Wind hatte sich erhoben, und das Meer war stürmisch. Aber die kräftigen und geübten Seefahrer fürchteten den Sturm nicht und segelten über die Wellen...

Aber eines Abends bekommt das Schiff ein Leck... Wasser dringt in das Schiff, sie haben aber nichts, um das Loch zu verstopfen. Sie schreien um Hilfe und hoffen, daß man am Lande ihre Rufe hören wird. Aber niemand hört sie. Der Wind fängt ihre Hilfeschreie auf und weht sie über das Meer. Die Wellen fangen die Stimmen auf und enteilen mit ihnen in die Nacht...

Und das Schiff füllt sich immer mehr mit Wasser und beginnt zu sinken...

Schreien sie zu Gott, zu ihrem Gott. Er hört nicht! Rufen sie die andern Götter an, den Gott der Moabiter, den Gott der Philister, die Götter der andern Völker. Keiner antwortet. Nun erinnern sie sich, daß es noch einen Gott gibt, den Gott Israels... Und sie versuchen:

„Gott Israels, hilf uns in unserer Not!"

Und sie tun das Gelübde:

„Alles Gold und Silber, das wir gelöst haben, geben wir dir für unsere Seelen, wenn du uns errettest! Rette uns, Gott Israels...“

„In diesem Augenblick kam ein starker Windstoß vom Lande her und schleuderte etwas in das Schiff. Es traf genau das Leck und verstopfte es...

„Und bald darauf legte sich der Wind, und wir kamen heil ans Land...

„Wir forschten bei den Leuten:

„‚Wo wohnt der jüdische Gott? Wir wollen unser Gelübde einlösen!‘

„Zeigte man uns den Weg nach Jerusalem...

„Wir kamen mit unsern Säcken nach Jerusalem und fragten die Leute auf den Gassen: ‚Wo ist euer Gott? Wir wollen ihn sehen!‘ Antworteten uns die Leute, daß der Gott Israels unsichtbar sei...

„‚Wir müssen ihm danken, wir müssen ihn ehren und ihm ein Geschenk darbringen...‘

„Zuckten die Leute die Achseln. Andere lachten uns aus...

„Wir vertrauten uns älteren Leuten, denen wir begegneten, an und fragten sie: ‚Wie sollen wir unser Gelübde einlösen? Wem sollen wir das Gold und das Silber geben, wenn wir euren Gott nicht sehen können?‘ Auch sie konnten uns keine Antwort geben. Aber einer von ihnen, der älter als die andern war, riet uns, mit unserer Frage zu dir, großer Herr und König, zu gehen. Du bist, sagten sie, der klügste Mensch auf Erden und du wirst uns sagen, wie wir unser Gelübde einlösen sollen und wie wir mit unserem Gold und Silber den Willen des Gottes Israels erfüllen können.“

Sie waren mit ihrer Rede zu Ende und verneigten sich. Und König Salomo fragte:

„Fremde Männer, habt ihr gesehen, was es war, was der Wind vom Lande in euer Schiff geschleudert hat? Womit er das Leck verstopft hat, damit ihr nicht untergehet?“

„Wir sahen es, großer König! Wir nahmen es aus dem Leck heraus und betrachteten es: es war ein kleines Brot, ein weiches, nicht ausgebackenes Brot... Wir haben es hergebracht, um es dir zu zeigen, großer König...“

Und der Älteste von ihnen holt aus dem Busen das Brot.

König Salomo ruft die Witwe Sunamith zu sich heran und fragt sie, ob sie das Brot nicht als ihr eigenes erkenne.

Sie erkennt es: „Es ist mein Brot.“

Beschließt König Salomo, daß man die Säcke mit Gold und Silber ihr gebe. Die fremden Männer tun so, danken dem König und gehen.

Und König Salomo wendet sich an die Witwe und sagt:

„Nimm das Gold und das Silber! Sie sind dein! Gott zahlt dir damit für dein Brot. Und wisse, daß niemand etwas dem Herrn zum Ärger tun kann. Alles geschieht nach seinem Willen. Nur ein Bote Gottes war der Wind.“

Gemeinden- u. Vereins-Echo

National-Fonds-Spenden: Goldenes Buch: Blau-Weiß München: Sofie Hönig aus Freude über die Heimkehr ihres Bruders aus dreijähriger russischer Gefangenschaft M. 5.—. — Dr. Max Michael und Frau: Meta Moch, München, grüßt Dr. Michaelis und die Halberstädter M. 2.—. — Dr. Alfr. Klee, Berlin: Die Zionistische Ortsgruppe München dankt Herrn Dr. Klee für seinen ausgezeichneten Vortrag, M. 25.—

Hilfswerk für Palästina: Verein Bne Jehuda spricht Friedel und Rosel Scherr sein innigstes Beileid aus. M. 5.—. — Von einem Nicht-Zionisten bei einem Vortrag des Herrn Dr. Klee in München M. 10.—. — Büchsensammlung anläßlich des Vortrags des Herrn Dr. Klee M. 11.70. —

Notstandsaktion für Palästina: Verein Bne Jehuda kondoliert Fräulein Frieda und Rosa Scherr anläßlich des Todes ihres lieben Vaters. M. 5.—.

Palästina-Arbeiterfonds. Miri. Tennenbaum und Josef Löwy wünschen Frl. Hedda Fleischmann zu ihrer Verlobung mit Herrn Mosche Königsberg ein herzliches Maseltof und spenden 10 Mark.

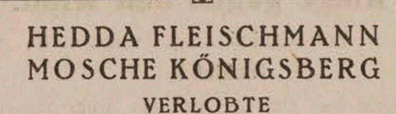
Aus dem Münchner Spendenbuch: L. Spielmann anläßlich der Vermählung seiner Tochter Tini mit Herrn Max Levinger M. 25.—. — Wilhelm Kleinmann u. Frau Henriette, geb. Reich, anläßlich ihrer Vermählung M. 10.—. — Elisabeth Mahler, Erlös aus dem Verkauf von Wertzeichen M. 18.—. — Anläßlich des Vortrags des Herrn Dr. Klee zeichnete Herr Isidor Scheinmann einen Friedensscheck über M. 500.—. — Weitere Schecks zur Zeichnung liegen auf: Redaktion des „Jüd. Echo“ und Elisabeth Mahler, Baaderstr. 53/I.

Jüdischer Turn- und Sport-Verein München. Wanderung: Sonntag, den 2. Juni 1918, Treffpunkt 6.45 Uhr Isartalbahnhof. Fahrt nach Icking—Ammerland—Tutzing. Die Führerschaft.

Wanderung: Sonntag, den 9. Juni 1918, Treffpunkt 7.15 Uhr Hauptbahnhof unter der großen Uhr. Fahrt nach Fürstenfeldbruck—Grafrath — Flußschiff nach Stegen — Herrsching.

Die Führerschaft.

Verein Bne Jehuda. Infolge der in dieser Woche stattgefundenen Vorträge fällt der Vereinsabend für Samstag, den 1. Juni, aus.





HOTEL EXCELSIOR
Schützenstrasse 5.

Modernes Haus, direkt am Bahnhof. — Gediegener Komfort. — Fließendes kaltes und warmes Wasser in allen Räumen.

Café-Restaurant
Bestgepflegte Küche · Weine erster Häuser

Direktion: Ad. Zimmer

1918 — Wochenkalender — 5678

	Juni	Siwan	Bemerkung
Sonntag	2	22	
Montag	3	23	
Dienstag	4	24	
Mittwoch	5	25	
Donnerstag	6	26	
Freitag	7	27	
Samstag	8	28	

Panorama International
Kaufingerstraße 31/I

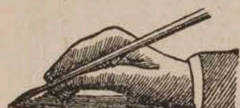
Vom 2. VI. mit 8. VI.
Panorama I:
Kalifornien
Panorama II:
Hamburg und Helgoland
NEU NEU



Dissertationen
Werke
Zeitschriften
in Hand- u. Maschinensatz liefert rasch u. billig
Buchdruckerei B. Heller, München Herzog-Maxstr. 4

ZIONISTISCHE LITERATUR
in allen Sprachen bis 1910 erschienen sowie
Komplette Jahrgänge
der „WELT", „JÜDISCHEN RUNDSCHAU", „SELBSTWEHR", „LEMBERGER TAGBLATT" bis 1910 inkl. antiquarisch gesucht.
JÜDISCHER VERLAG
Berlin W 15, Sächsischestraße 8.

Stenographie, Maschinenschreiben!



Flotte, geläuf. Handschrift, Rund-, Lackschrift etc. erlernt man unter Garantie bei
W. Arnim Kalligraph u. Schreiblehrer
Sonnenstrasse 27/3.
Prosp. geg. 15-Pfg.-Marke. Damen separ. Unübertr. Unterrichtserfolge.

Kunstgeschichtskurs
für Frauen und Mädchen
„München und seine Kunstwerke"
(mit Führungen)
Ch. Frfr. v. Hügel, geb. Hentze, Kunsthistorik.
Von der Tannstr. 15/II, Aufg. II. :-: Teleph. 20948.

Audi-Motorwagen
das Fahrzeug der vornehmen Welt
General-Vertretung für Bayern südlich der Donau:
von Mautner, München
Schützenstr. 1a (Kontorhaus Imperial)

Albert Diederich Tapezier und Dekorateur
München, Türkenstr. 60 (früher Adalbertstr.)
Fernsprecher 22261
Uebernahme von Wohnungseinrichtungen, Anfertigung sämtlicher Polstermöbel und aller einschlägiger Arbeiten

M. Gmaehle'sche Leihbibliothek
(Inhaber: E. & M. Kraus)
gegr. 1810 **Theatinerstraße 49, Entresol** gegr. 1810
Größtes Leseinstitut Münchens
(60000 Bände)
Sämtliche Novitäten belletristischen und wissenschaftlichen Inhalts in deutsch, französisch, englisch und italienisch.
Operntexte leihweise — Stadt- u. Landabonnement
Theatinerstraße 49, Entresol (Korsethaus Lewandowski.

Verantwortlich für die Redaktion: Helene Hanna Cohn, Heppenheim a. d. B.; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, München, Herzog Maxstraße 4.